

„Ein Sumpf ohne Ende“

Die weltweiten Schlebereien mit deutschem Nuklearmaterial

Nach monatelangen Ermittlungen sind sich hessische Strafverfolger jetzt sicher: Deutsche Nuklearhändler haben gegen den Atomwaffensperrvertrag verstoßen. Die

Anklageschrift im bisher größten Skandal um den Export von atomarem Material wird die Bundesrepublik, fürchten Kritiker, erneut international in Verruf bringen.

Es schien, als sei der Ernstfall eingetreten: Entsetzt sprach der FDP-Politiker Gerhart Baum von „unabsehbaren, auch außenpolitischen Folgen“. Dramatisch diagnostizierte SPD-Mann Volker Hauff „eine politische Katastrophe für unser Land“. Und der Abgeordnete Otto Schily, noch bei den Grünen, fragte schrill: „Wo ist die bundesweite Fahndung?“

Die Endzeitstimmung im Bundestag war von einem Christdemokraten ausgelöst worden: Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann hatte im Januar 1988 den „ungeheuerlichen Verdacht“ ausgesprochen, durch Lieferung „von atombombenfähigem Material“ aus Hanauer Nuklearbetrieben nach Pakistan und Libyen sei möglicherweise der Atomwaffensperrvertrag verletzt worden.

Prompt setzte internationaler Pressewirbel ein, Politiker überboten sich mit Entwürfen von Krisenszenarios, die Reputation der Republik schien rampoliert. Doch Wallmanns Vermutung ließ sich seinerzeit nicht belegen: Er hatte, gestand der Christdemokrat bald kleinlaut ein, „keinerlei Concreta“.

Was damals als Panne für den Atompolitiker Wallmann endete, könnte ihm bald als weise Voraussicht ausgelegt wer-

den. Denn für den „unglaublichen Vorwurf“ (Hauff) gibt es neuerdings handfeste Belege: Nach Ansicht von Hanauer Staatsanwälten liegt jetzt „ein hinreichender Tatverdacht“ vor, daß deutsche Exporteure die Bestimmungen „über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verletzt haben“.

Der Sündenfall ist passiert. Als Täter haben die Staatsanwälte jedoch nicht die Hanauer Skandalfirma Nukem im Visier, sondern die Neue Technologien GmbH (NTG) im benachbarten Gelnhausen. Ehemalige Mitarbeiter des 100-Mann-Betriebes haben, glauben die Fahnder, vor allem nach Pakistan so viel Know-how und Nuklearmaterial geschafft, daß der Staat, der im Verdacht steht, die Bombe zu bauen, in den Stand eines atomaren Selbstversorgers versetzt wurde.

Die Affäre, fürchten Kritiker, wird Bonn erneut international in Verruf bringen. Denn es ist der „wohl schwerwiegende illegale Nuklearexport in der Geschichte der Bundesrepublik“, sagt der Vorsitzende im Atom-Untersuchungsausschuß des Bundestages, Hermann Bachmaier (SPD). Die Exportkontrolleure, die dem Bundeswirtschaftsministerium unterstehen, sind

nicht ganz unschuldig daran: Trotz konkreter Hinweise hatten die Beamten nichts unternommen.

Monatlang haben die Staatsanwälte Albert Farwick und Reinhard Hübner zahlreiche Zeugen vernommen, Büros und Betriebsstätten gefilzt, Ausfuhrpapiere und Aktennotizen ausgewertet. Es offenbarte sich, so ein Ermittler, ein „Sumpf ohne Ende“.

Beleg für Beleg setzten sie einen Atomkrimi zusammen, der zwischen Gelnhausen und Garching, Hongkong und Karatschi spielt. Die NTG-Mitarbeiter, fanden die Fahnder heraus, hatten sich eines weitverzweigten Netzes von Beratern, Zulieferern und Spediteuren bedient. Behilflich waren Wissenschaftler von so angesehenen Forschungseinrichtungen wie dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe. Aber auch Mitarbeiter von namhaften deutschen Unternehmen – etwa der Degussa und der Metallgesellschaft in Frankfurt.

Mitte November wollen die Staatsanwälte ihre Anklageschrift vorlegen. Ob Exporteure oder Spediteure – fünf Personen stehen unter Tatverdacht, ein halbes Dutzend weitere Ermittlungsverfah-



Pakistanisches Atomzentrum Pinestech: Veraltete Maschinen, lange Wunschlisten

ren laufen noch. Dem ehemaligen NTG-Geschäftsführer Rudolph Maximilian Ortmyer, 52, und dessen Helfer Peter Finke, 46, werfen die Staatsanwälte Verstöße gegen das Außenwirtschafts- und das Kriegswaffenkontrollgesetz vor. Sie haben, so die Ermittler, unter anderem nach Pakistan

▷ in „59 Dokumentensendungen“ (Hübner) praktisch das gesamte Know-how für den Aufbau einer eigenen Brennelemente-Produktion geliefert sowie wertvolle Informationen und Blaupausen zur Reaktortechnik, Urananreicherung und Kernfusion;

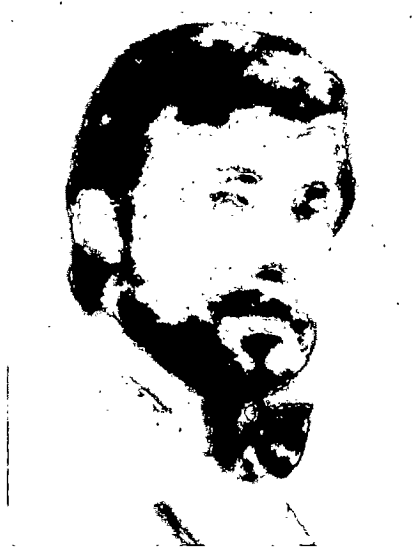
▷ in 68 Einzellieferungen entscheidende High-Tech-Anlagen für die Fertigung von Brennelementen – vom Sinterofen bis zum Elektronenstrahl-schweißgerät – exportiert sowie Rohmaterial für den Bau von Uranzentrifugen, tonnenweise Spezialstahl für die Herstellung von Brennelement-Hüllrohren sowie besondere Behälter für den zur Urananreicherung notwendigen Stoff Uranhexafluorid;

▷ eine ausschließlich militärischen Zwecken dienende Anlage zur Rückgewinnung und Bereitstellung von reinem Tritium sowie etwa 0,8 Gramm (das entspricht einer Strahlung von 296 000 Giga-Becquerel) des radioaktiven Gases verkauft, das schon in geringsten Mengen als Sprengkraftverstärker beim Bau von Atombomben nützlich ist.

Zudem sind, so die Fahnder, sensible Nukleargüter nach Indien und Südafrika gegangen. Einschlägige Angebote seien auch Saudi-Arabien gemacht worden. Insbesondere Ortmyer habe sich außerdem mit Tricks bei US-Forschungszentren wie dem Lawrence Livermore bei San Francisco, dem Argonne in Chicago und bei der Raumfahrtbehörde Nasa vermutlich geheime Blaupausen besorgt.

Oft bekamen die Behörden von den dubiosen Geschäften nichts mit. Die Waren wurden, meist falsch deklariert, durch den Zoll geschleust. „Wir sind nicht auf einen einzigen Fall gestoßen“, berichtete Staatsanwalt Farwick vor dem Bonner Atom-Untersuchungsausschuß, „wo durch eine Kontrolle diese Falschdeklarierung aufgedeckt worden wäre.“ Sein Fazit: „Nach dem derzeitigen System“ der Exportüberwachung sei nicht einmal eine „25prozentige Kontrolle“ möglich.

Mehrmals waren die Exportkontrollen aus dem Bonner Wirtschaftsministerium und dessen Eschborner Behörde, dem Bundesamt für Wirtschaft (BAW), auf die Schiebereien der NTG gestoßen worden. Doch selbst dann führten die Beamten, so Staatsanwalt Hübner im Ausschuß, nur „verständnisvolle Gespräche“ mit Ortmyer: Statt die Auskünfte des Unternehmers kri-



Nuklearexporteur Ortmyer
Fürstliche Provisionen



Nuklearexporteur Finke
Skrupel vor Ort

tisch zu werten, hätten einzelne Exportkontrollen „mehr oder weniger“ mit ihm zusammengearbeitet.

So brauchte Ortmyer lange Zeit kaum zu befürchten, daß er auffliegen würde. Der frühere Mitarbeiter der Hanauer Reaktor-Brennelement Union, gelernter Werkzeugmacher, war 1971 zur NTG gewechselt, wo er schnell zum technischen Geschäftsführer avancierte. Über den damaligen Degussa-Auslandsvertriebschef und heutigen Vizepräsidenten einer japanischen Degussa-Tochter Klaus Kaspar knüpfte Ortmyer schon Ende der siebziger Jahre erste Kontakte nach Pakistan.

Behilflich vor Ort war, so die Ermittler, Jürgen Wellensiek, Repräsentant der Hamburger Import-Export-Firma Riek-

kermann: Er machte den NTG-Chef mit Gesprächspartnern der pakistanischen Atomkommission bekannt, sorgte dafür, daß erste „Geschäfte angebahnt“ (Hübner) wurden und kassierte nach Erkenntnissen der Staatsanwälte erkleckliche Provisionen.

Bald florierte der Handel. Die Pakistaner führten die deutschen Besucher in ihre entlegenen Atomforschungszentren, die von Militärs streng abgesichert werden. Dort bekamen die Gäste veraltete Maschinen zu sehen und nahmen lange Wunschlisten mit – von der Vakuumpumpe bis zur Uranschmelze, vom Lasergerät bis zum Lithium 6, dem Grundstoff zum Erbrüten des Bombenstoffes Tritium.

Für rund 20 Millionen Mark exportierten Ortmyer und Finke in den Jahren 1983 bis 1988 Maschinen und Material nach Pakistan. Die Lieferungen hätten Arbeitsplätze gesichert, berichtete Ortmyer den Ermittlern, denn die Firma sei vom Konkurs bedroht gewesen.

Oft war das kleine Unternehmen NTG allerdings nicht in der Lage, die komplizierten Anlagen und Geräte selbst zu bauen. Deshalb knüpfte Ortmyer ein weitverzweigtes Netz aus wissenschaftlichen Beratern und potenten Zulieferern.

Er holte sich zunächst mal Peter Finke, einen Physiker von der Darmstädter Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI). Ortmyer fand, Finke könne sich in Englisch geschickter ausdrücken als er selbst und verstehe zudem mehr von den technischen Details. Deshalb wurde Finke zunächst für die NTG engagiert. Doch Finke gründete schnell eine eigene Briefkastenfirma, die in den Handel eingeschaltet wurde, vermutlich um die Schiebereien zu verschleiern und Provisionen zu ergattern.

Bald war noch ein weiterer Mitarbeiter der GSI gewonnen, der, vermuten die Staatsanwälte, Blaupausen abkupferte und technische Zeichnungen fertigte. Auch im Kernforschungszentrum Karlsruhe, das zu 90 Prozent in Bundesbesitz ist, und bei der Kernforschungsanlage Jülich gab es Wissenschaftler, die, so Hübner, „behilflich waren“. Aus Jülich bezog Ortmyer drei Speziallagerbehälter, sogenannte Urangetter, für die Anlage zur Rückgewinnung von Tritium, die von den Ermittlern als besonders sensibel eingestuft wird.

Zu Ortmyers wichtigstem wissenschaftlichen Berater wurde Heinrich Weichselgartner, 54, ein Tritium-Experte vom Garching Institut für Plasmaphysik. Den Forscher hatte Ortmyer 1981 kennengelernt, als er von dem Institut die Lizenzrechte für ein von Weichselgartner entwickeltes Verfahren erwarb, mit dem Tritium-Verunreinigungen beseitigt werden können.

Dem biedereren Wissenschaftler imponierte der aufwendige Lebensstil des

Firmenmanagers: Hummer- und Langustenessen, ein 90 Dollar teurer Seidenschlips als Geschenk – bald war Weichselgartner so eingebunden, daß auch er eine eigene Kleinfirma gründete und dem NTG-Mann half, das von den Pakistanern begehrte Tritium zu besorgen.

Gleich zehn Gramm des Spaltstoffes, eine ungeheuer brisante Menge, hatten die pakistanischen Bombenbauer geordert. Etwa die Hälfte versprach Ort-mayer nach den Erkenntnissen der Staatsanwälte auch zu liefern. Doch soweit kam es nicht mehr.

Schon der Export von 0,8 Gramm des Stoffes in den Jahren 1985 und 1986 war aufwendig genug gewesen. Besorgt wurde das radioaktive Gas bei der Radium-

Kriegswaffenkontrollgesetz“ – Höchststrafe: zehn Jahre.

Kompliziert war auch der Weg, den die Anlage zur Rückgewinnung von Tritium nahm: Außer der NTG waren vier Briefkastenfirmen an dem Handel beteiligt. Zudem waren wichtige Teile von Zulieferern besorgt worden, unter anderem von der Münchner Kimmel-Apparatebau, der Wiesbadener Firma Balzers und dem Laborgerätehersteller Köttermann im niedersächsischen Uetze.

Diese Unternehmen haben nach Ansicht der Strafverfolger vermutlich nichts davon gewußt, daß ihre Lieferungen nach Pakistan exportiert wurden. Einzelne Mitarbeiter von Betrieben aber hätten wertvolle Hilfsdienste geleistet.

Etwa 30 Tonnen Zirkaloy, als „Edelstahl“ deklariert, hatte die NTG insgesamt exportiert. Das Metall ging zu derart saftigen Preisen weg, daß selbst die Beamten vom Statistischen Bundesamt, die alljährlich die Ausfuhrbilanzen zusammenstellen, stutzig wurden. Doch sie ließen sich schnell zufriedustellen, als Finke behauptete, der „relativ hohe Preis“ sei durch die „hohe Präzision“ der Rohre erzielt worden.

Das Material stammte zumeist aus Frankreich. Dort wunderten sich die Kontrollbeamten bald, was mit so vielen Zirkaloy-Rohren in der Bundesrepublik anzufangen sei. Sie kontaktierten die Firma und unterrichteten das Bonner Außenministerium. Das leitete die Nachricht ans Wirtschaftsressort weiter, wo Referent Hans-Jürgen Spies mit der Prüfung betraut wurde.

Der Beamte, der bereits in Kontakt mit dem NTG-Chef stand und auch schon mal zum Sherry-Stündchen in Gelnhausen gewesen war, las Ort-mayer kurzerhand das Schreiben vor. Treuherzig erkundigte sich Spies sodann: „Ja, was machen Sie denn damit?“ Als Ort-mayer abwiegelte, es gebe da eine Anfrage, aber die sei „noch nicht soweit“, gab Spies sich zufrieden.

Gravierender noch waren die Versäumnisse der Ausfuhrkontrolleure bei dem Export der Tritium-Anlage: Das Geschäft wäre, wie interne Unterlagen belegen, zu verhindern gewesen, wenn die Beamten konkreten Hinweisen aus der Bonner US-Botschaft nachgegangen wären (SPIEGEL 24/1989).

Die Anlage zur Rückgewinnung und Speicherung von 60 Gramm reinem Tritium ist nach einem Bericht der Staatsanwälte „ausschließlich für die Atomwaffenproduktion“ bestimmt. Mehrmals hatten die Amerikaner in Geheimdienstberichten, sogenannten Non-Papers, vor der Ausfuhr dieses Gerätes gewarnt. Eindringlich baten sie, etwa am 1. Dezember 1986, Bonn solle „alle nur erdenklichen Schritte unternehmen“, um einen solchen Export zu verhindern.

Doch die Bonner und Eschborner Bürokraten sahen keinen Handlungsbedarf. Unbehelligt ging das Tritium-System, vier Wochen nach der letzten US-Warnung, in Richtung Pakistan: in zwei Seekisten verpackt auf dem Frachter „Ayubia“ am 30. Dezember ab Hamburg, tags darauf ein weiterer Behälter per Luftfracht mit Pakistan International Airlines (Flugnummer PK 716). Die Nachlässigkeit der Beamten kommentierte Ankläger Hübner vor dem Bonner Atomausschuß knapp: „Die Staatsanwaltschaft würde anders ermitteln.“

Erste Hinweise auf die absonderlichen Nukleargeschäfte kamen denn auch nicht von den Ausfuhrkontrolleuren, sondern von der Steuerfahndung. Ort-mayer hatte sich, so wissen die Ermittler



Nuklearfirma NTG: 59 Dokumentensendungen, 68 Einzellieferungen

Chemie AG im schweizerischen Teufen. Weil die Firma nicht direkt nach Pakistan liefern wollte, wurde der Schwenninger Leuchtfarbenhersteller Gutekunst eingeschaltet.

Die Firma fragte, mit Datum vom 4. April 1985, ordnungsgemäß beim BAW in Eschborn an, welche Auflagen bei einem Tritium-Export nach Pakistan zu erfüllen seien. Prompt kam der Hinweis, der Export sei genehmigungspflichtig, ein Musterformular lag dem Schreiben gleich bei. Tatsächlich stellte Gutekunst einen Antrag – allerdings für den Zielort Hongkong. Den Beamten fiel nichts auf, sie erlaubten die Lieferung.

So gelangten acht Gasbehälter nach Hongkong, die zwar als voll deklariert, in Wahrheit aber leer waren. Derweil ging das Tritium in als leer gekennzeichneten Flaschen unerlaubt nach Pakistan. Daß soviel Aufwand zur Tarnung betrieben wurde, ist erklärlich: Nach Ansicht der Strafverfolger ist der illegale Tritium-Export „ein Verbrechen nach dem

So wurden Materialprüfungen bei der Reaktor-Brennelement Union in Auftrag gegeben, die heute als Siemens-Brennelementwerk Hanau, Abteilung Uranverarbeitung, firmiert – Ort-mayer hatte dort einen Kumpel. Ein anderer Freund, der Degussa-Mitarbeiter Kaspar, besorgte, wissen die Fahnder; Patente und Know-how aus seiner Firma und öffnete, wo es ging, die Türen.

Etwa bei Leybold-Heraeus (seit Oktober: Leybold AG) in Hanau, einer Degussa-Tochter. Der Spezialist für Vakuumtechnik steuerte das Herzstück für die Elektronenstrahl-schweißanlage bei. Der Lieferant habe wissen müssen, meinen die Strafverfolger, daß das Gerät zur Verarbeitung von Zirkaloy bestimmt war, einer Speziallegierung für die Herstellung bestimmter Brennelemente.

Die Metallgesellschaft in Frankfurt, bis vor kurzem an Leybold-Heraeus finanziell beteiligt, fertigte für die NTG einen Satz Brennstäbe, der später nach Indien exportiert wurde.

heute, fürstliche Provisionen gewährt, die er dem Finanzamt verschwieg.

Die zusätzlichen Einkünfte kassierten die vielen zwischengeschalteten Briefkastenfirmen für ihre Mittlerdienste, meist von der NTG. Das Geld wurde dann zu weltweiter Pflege der Kundschaft eingesetzt. Mit Porzellan, Goldbarren und Zehntausender-Beträgen wurden die pakistanischen Kunden bedacht; kleinere Summen fielen für Wissenschaftler wie Weichselgartner ab, etwas größere Beträge bekam Finke – die Millionen aber soll NTG-Geschäftsführer Ortmyer selber eingestrichen haben.

Die Anklage wirft Ortmyer und Finke jetzt auch Steuerhinterziehung vor, dem NTG-Chefmanager außerdem Untreue. Hinzu kommen die Verstöße gegen Außenwirtschaftsrecht und Kriegswaffenkontrollgesetz.

Die Kontrollbeamten sitzen gleichsam mit auf der Anklagebank. Das Ergebnis der Ermittlungen sei, sagt Sozialdemokrat Bachmaier, eine „Ohrfeige für die Ausfuhrüberwachung“.

Die Strafverfolger sehen in den inkriminierten Lieferungen, ob Sinterofen oder Schweißanlage, Stangenrichtmaschine oder Vakuumschmelze, Teile einer Gesamtanlage, die „zur Brennelementherstellung bestimmt ist“ – Glieder also in einer Kette, an deren Ende nach Geheimdienstberichten die pakistanische Bombe steht.

Doch die Eschborner Beamten hatten, nach gängiger Praxis, in Vergleichsfällen immer nur die jeweiligen Einzelanlagen bewertet und den tatsächlichen Zweck des Gesamtauftrags nicht erkannt oder nicht erkennen wollen.

Dabei hatten selbst den Atomexporteur Finke Skrupel befallen. Als er im Sommer in Pakistan die Tritium-Anlage testete, sah er sich von Militärs mit Maschinenpistolen in einem abgeriegelten Forschungszentrum umzingelt. Der Komplex, vom Waschraum bis zum Tritium-Labor praktisch komplett von der NTG geplant, liege in einer Einöde, etwa 100 Kilometer vom Atomzentrum Pinstech in Rawalpindi entfernt, zu dem es formell gehört, berichtete Finke. Mehr als zwei Meter hohe Mauern mit Stacheldraht sicherten das Gelände, aus Tarnungsgründen seien die Gebäude grün gestrichen.

Gegenüber den Labors sah Finke einen Tunnelingang, der ihm verdächtig vorkam: Dort werde, gab er den Ermittlern zu Protokoll, das Tritium gelagert, zudem seien „militärische Gerätschaften und Behälter“ in den unterirdischen Bau ein- und ausgeladen worden.

Womöglich die Bombenfüllstation der Pakistaner? Finke jedenfalls war mißtrauisch geworden: „Was immer du tust“, kitzelte er sich einen alten Lateinerspruch ins Notizbuch, „tue es überlegt und bedenke den Ausgang.“

Reiseverkehr

Wenig genug

Das neue DDR-Reisegesetz erlaubt den meisten Bürgern einen Besuch im Westen. Wer soll zahlen?

Wenn Egon Bahr an das neue Reisegesetz der DDR denkt, wird ihm vor allem mulmig: „Reisefreiheit“ könnte für viele DDR-Bürger „nur ein anderes Wort für Ausreisefreiheit“ werden.

Was aber, wenn es zu einem „wirklichen Massenexodus“ kommt?

„Laßt uns nicht heucheln“, sagt Bahr, das würde auch die Bundesrepublik „nur schwer aushalten“. Und sähe sich auf der anderen Seite der neue SED-Chef Egon Krenz gezwungen, Reisen wieder zu kontingentieren, wäre sein ohnehin „geringer Vertrauensvorschuß“ rasch aufgezehrt.

Im Kleinmaßstab schienen sich die Ahnungen des Sozialdemokraten schon letzte Woche zu bestätigen: Kaum hatte Ost-Berlin den visafreien Reiseverkehr in die ČSSR wieder zugelassen, da strömten erneut Tausendschaften von DDR-Bürgern in Bonns Prager Mission.

Doch offenbar gibt es für die Ostoberen kein Zurück, nachdem sie Großzügigkeit versprochen haben. Das Devisenrisiko der Reisefreiheit freilich möchten die DDR-Vorsteher gern auf das reiche Westdeutschland abschieben.

Die angekündigte Freizügigkeit macht wenig Sinn, solange mangels Reisegeld nur der Teil der DDR-Bürger auf Westtour gehen kann, der Verwandte und Freunde in der Bundesrepublik hat. Die DDR brauche ihre Devisen, so Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski

im Ost-TV, dringend für Rohstoffeinkäufe und die Modernisierung der Wirtschaft, für die Reiselust der Bürger werde man nicht viel mehr tun können.

Was derzeit getan wird, ist wenig genug. Einmal im Jahr kann der DDR-Mensch für die Reise in die Bundesrepublik gerade eben 15 Mark zum Kurs von 1:1 eintauschen. Bonn spendiert jedem Besucher ein Begrüßungsgeld von 100 Mark, ebenfalls einmal im Jahr. SPD-MdB Hans Büchler: „Die fühlen sich natürlich wie Almosenempfänger.“

Vorschläge gibt es mittlerweile zuhauf. „Das Innerdeutsche Ministerium sollte nicht nur Reisen in die DDR organisieren, sondern auch Reisen aus der DDR“, meint Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper und fordert ein „DDR-Reisewerk“, das „vielen Menschen von drüben einen preiswerten Besuch ermöglicht“, etwa durch Übernachtung in Jugendherbergen.

CDU-Querdenker Kurt Biedenkopf möchte der DDR-Regierung zureden, ihren Bürgern die Unterhaltung von DM-Konten zu ermöglichen, weil „sicher viele Westdeutsche gern solche Reisen unterstützen würden“. Und er denkt daran, der DDR einen „Reiseswing“ zu gewähren, vergleichbar dem zinslosen Überziehungskredit im innerdeutschen Handel.

FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick empfiehlt den Ost-Berlinern, die touristische Infrastruktur so auszubauen, daß die DDR „auch ein Ferienland für Besucher aus der Bundesrepublik“ wird. Ein Teil der daraus fließenden Deviseneinnahmen könnte dann den Ostbürgern für ihre Westreisen zur Verfügung gestellt werden.

Am weitesten gehen bislang FDP-MdB Wolfgang Lüder und sein SPD-



Wechselstube in West-Berlin: „Wie Almosenempfänger“